

Gewissen

Sechster Jahrgang Nr. 26

Berlin, Sonntag, den 24. Juni 1928

Herausgeber: Heinrich von Gleichen. Verantwortlich für die Schriftleitung: Friedrich Vorwerk. Verlag: Im Selbstverlag Heinrich Freiherr von Gleichen-Ruhmurm, Berlin W 30, Moosstr. 22. Druck: Industrie- und Handelsbruderei, Hermann Scharf, Berlin SO 36, Dresdener Str. 15. Das „Gewissen“ erscheint wöchentlich am Sonntag. Bezugsbedingungen: Im Inland: Durch die Post monatlich 1.— RM., durch den Verlag (nur Jahresabonnement) 12.— RM. Im Ausland: Durch den Verlag unter Streifband vierteljährlich 3.75 RM., Jahresabonnement 15.— RM. Bestellungen nimmt jede Postanstalt entgegen.

Reichsreform?

Während Hermann Müller-Franklin noch immer um die Bildung seiner Regierung der großen Koalition kämpfen muß, und vielleicht ein zweiter, wiederum vergeblich bleibender Versuch folgen wird, der unmöglichen Verfassung Sinn und Kopf zu geben; hat im Westen Deutschlands der Langnam-Berein getagt, um zur wirtschaftspolitischen Lage Stellung zu nehmen. Bei dieser Gelegenheit hat der preussische Finanzminister Höpfer-Ushoff den Hauptvortrag über das Thema „Deutsche Wirtschaft“, sprich „Reichsreform“ gehalten. Die Reformvorschläge Höpfer-Ushoffs sind bekannt, der eine unitarische Lösung sucht unter Erhaltung der preussischen Verwaltungseinheit — Reichsland — bei Abbau des parlamentarischen Partikularismus. Die Vorschläge Höpfer-Ushoffs haben den Vorzug sachkundiger Details, sie haben vor allem die praktische Chance der Realisierung, wenn die parlamentarische Opposition abgefangen wird; was offenbar durch die Kundgebung versucht wird. Höpfer-Ushoff geht von der notwendigen Aufgabe der Ersparnis aus und hat über seine demokratische Partei hinaus bereits weite Kreise der Wirtschaft für seine Absichten gewonnen. Wenn auch Dr. Silberberg in seiner Schlußansprache einige Vorbehalte machte und ausdrücklich darauf hinwies, daß einer Verwaltungsreform die Verfassungsreform vorangehen müsse, so dürfte doch kein Zweifel sein, daß immer in erster Linie von wirtschaftlichen Gesichtspunkten ausgehend, diese Reformvorschläge die meiste Aussicht auf Realisierung heute besitzen. Die Vorschläge wurden noch durch Ausführungen des Reichstagsabgeordneten Wieland-Wilm über die Ergebnisse seiner Studienreise in Amerika ergänzt mit der Forderung eines dem amerikanischen ähnlichen Budget-Büros, das eine von den Parteien unabhängige Kontrolle der Etatbearbeitung sicherstellen soll. Jahrelange Arbeit in gleicher Richtung wird hier dem Hauptziel entgegengeführt. Die warnenden Worte des Vorsitzenden Dr. Neufuß über den Ernst der Lage unterstreichen diese Wünsche, die schließlich in der grundsatlichen Formulierung gipfeln, daß gegenüber dem überorganisierten Kollektivismus der Zeit wieder Spielraum für individuelle Verantwortung freigegeben werden müsse, indem ausdrücklich erklärt wurde, daß die kritischen

Äußerungen als Ausfluß des Verantwortungsbewußtseins, nicht etwa als egoistische Wünsche betrachtet werden sollten.

Wir wollen an dieser Stelle die von uns mehrfach gewürdigten Vorschläge zur Reichsreform nicht näher erörtern. Wir sind jedoch genötigt, diesen von wirtschaftlichen Gesichtspunkten getragenen Forderungen gegenüber, die wiederum die gesamtpolitische Lage nicht genügend in Rechnung zu ziehen scheinen, auf zwei-erlei hinzuweisen: Man wendet sich mit diesen Forderungen an eine unverantwortliche Öffentlichkeit. Die inländische und ausländische Tagespresse referiert mit oder ohne Kommentar, die Parteien nehmen ebenfalls mit oder ohne Kommentar dazu Stellung. An der Tatsache der einseitigen Parteiherrschaft selbst, die sich zuletzt in dem entscheidenden Ausschlag der sozialdemokratischen Partei heute auswirkt, vermag keine derartige Kundgebung etwas zu ändern. Dieses Parteiregiment führt seine Geschäfte letzten Endes doch nach anderen Grundsätzen als etwa solchen wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit. Wohl ist man auch parteiseits in praxi genötigt, mit der Wirtschaft zu paktieren. Aber es handelt sich dann immer um Kompromisse von Fall zu Fall, von Lage zu Lage, niemals um wirkliche Entscheidungen. Wir glauben deshalb auch nicht, daß die „Reichsreform der Demokraten“, wie das Höpfer-Ushoffische Programm öffentlich bezeichnet wird, wirklich die parlamentarische Basis bekommen wird, um zum Ergebnis gebracht zu werden.

Was aber noch weniger beachtet zu werden scheint und worauf an anderer Stelle, beispielsweise von der christlichen Gewerkschaftspresse, hingewiesen wird, ist die notwendige Konsequenz, daß mit dem Abbau des Kollektivismus im Wirtschaftsstaat allein nichts Ausreichendes erzielt wird, wenn nicht gleichzeitig die schädlichen Auswüchse der Kartell- und Monopolherrschaft ihre Einschränkung erfahren. Es ist nun allerdings viel verlangt, daß die verantwortlichen Interessenvertreter gerade dieser Gruppen mit dem gleichen Verantwortungsgefühl gegen den übersteigerten Kollektivismus der eigenen Organisationen Stellung nehmen sollen. Handelt es sich doch letzten Endes bei dem Uebermühen der bürokratischen Methode in Staat und Wirtschaft auf Kosten der Produktivität um eine